

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/64

Bonn, den 3. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Die Große Koalition und das nächste Jahr</u>	40
	Zur Haushaltsdebatte im Bundestag	
2 - 2 a	<u>Ein europäisches Votum</u>	90
	Bundestag billigt einstimmig Monnet-Entscheidungen	
	Von Egon C. Heinrich	
3 - 4	<u>Partei-Meisjes lächeln für die SPD</u>	97
	Sozialdemokraten im Münsterland spüren Auftrieb	
	Entnommen "Vorn", Sozialdemokratische Monatsschrift für Nordrhein-Westfalen	
5 - 6	<u>Neue Kraftprobe in Frankreich</u>	87
	Verlorene absolute Mehrheit	
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	

* * *

Die Große Koalition und das nächste Jahr

Zur Haushaltsdebatte im Bundestag

sp - Diejenigen unterliegen einem gewaltigen Irrtum, die von der Annahme ausgehen, die Große Koalition werde nicht durchführen, was sie sich in ihrer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vorgenommen hat.

Auf diese Annahme stützte der Vorsitzende der FDP, Walter Scheel, in der Zweiten Lesung zum Haushaltsplan 04 (Haushalt des Bundeskanzleramtes) seine mit viel Bereitsamkeit vorgetragenen Thesen. Der Hörer bekam ein Geschichtsbild vorgesetzt, in dem die schwere Regierungskrise vom Herbst 1966, die zur Staatskrise auszuwachsen drohte und zur Bildung der Großen Koalition führte, kaum noch einen Platz einnimmt. Natürlich kann man von einem Führer der parlamentarischen Opposition nicht erwarten, die Leistungen der von ihm bekämpften Regierung zu loben, aber offensichtlich fehlte dem früheren Minister im ruhmlos untergegangenen Kabinett Erhard/Kende das richtige Augenmaß in der Bewertung dessen, was in anderthalb Jahren von der Regierung Kiesinger/Brandt an großen, wegweisenden Gesetzeswerken verabschiedet wurde oder noch für den Rest der Legislaturperiode zur Erledigung anheim steht.

Beide großen Parteien, die CDU/CSU und die Sozialdemokraten, haben sich vorgenommen - und dies ging am ersten Tag der Haushaltsdebatte bei der Zweiten Lesung überzeugend hervor - sich nicht durch die im nächsten Jahr fälligen Neuwahlen zum Bundestag in ihrer Regierungsarbeit stören oder lähmen zu lassen, trotz mancher gelegentlich auftretender Spannungen. Diese sind Ausdruck eines Ringens, gemeinsam das bisher Erreichte zu bewahren, den Wohlstand unseres Volkes zu sichern und die am Fortschritt orientierte Gesellschaftspolitik weiter auszubauen.

Verpflichtende Grundlage bleibt das Regierungsprogramm vom Jahre 1966; es ist der Niederschlag der Einsicht, daß ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie und ohne ihre Beteiligung in der Bundesregierung bedrängende Probleme nicht mehr zu lösen sind. Seitdem hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Handlungsfähigkeit wiedergewonnen, die ihr abhanden gekommen war. Ist dies nicht allein schon ein Erfolg, der sich sehen lassen kann? Auch im Wahljahr 1969 wird es dabei bleiben, das gebietet schon die Wirksamkeit der links- und rechtsextremistischen Kräfte. Sie möchten gern die Zustände am Ende der Weimarer Republik zu Beginn der dreißiger Jahre wieder haben, um dann im Trüben zum Verderben unseres Volkes fischen zu können. Die Große Koalition wird ihnen den Weg dazu versperren und sie braucht dabei das Urteil des Volkes nicht zu fürchten.

Ein europäisches Votum

Bundestag billigt einstimmig Monnet-Entschlüsseungen

Von Egon C. Heinrich

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag in den Abendstunden des 2. April vier grundlegende Entschlüsseungen zur Europapolitik gebilligt und die Bundesregierung aufgefordert, dem Inhalt der Resolutionen in ihrer Europapolitik Rechnung zu tragen. Bei den vier Entschlüsseungen handelt es sich um die von Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, das nach seinem Gründer und Präsidenten auch Monnet-Komitee genannt wird, im Juni 1957 im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung angenommenen Resolutionen. Schon damals hatten sich die Mitglieder des 1955 ins Leben gerufenen Aktionskomitees verpflichtet, die Entschlüsseungen ihren nationalen Parlamenten zur Billigung vorzulegen.

Inzwischen haben bereits die Parlamente von vier EWG-Ländern den Entschlüsseungen des Monnet-Komitees zugestimmt. Im luxemburgischen Parlament erfolgte die Billigung bereits im Juli 1967, die Abgeordnetenkammern der Niederlande und Italiens erteilten im Februar dieses Jahres ihre Zustimmung. In Belgien war eine parlamentarische Behandlung der Entschlüsseungen wegen der innerpolitischen Schwierigkeiten noch nicht möglich; in der französischen Nationalversammlung dürften die Resolutionen angesichts der gaullistischen Mehrheit wohl kaum auf große Sympathie stoßen.

Dem nunmehr erfolgten Votum des Deutschen Bundestags kommt daher eine besonders große Bedeutung zu. Wohl erstmals in der Geschichte des europäischen Parlamentarismus haben vier nationale Parlamente gleichlautende Entschlüsseungen angenommen. Man kann also ohne Übertreibung sagen, daß es sich bei dieser Parallelaktion um ein europäisches Votum ersten Ranges handelt. Es läßt aufhorchen, wenn sich die Volksvertretungen von etwa 120 Millionen Europäern zu den gleichen europapolitischen Zielen bekennen. Die Regierungen werden daher die vorwärtadrängenden und außenpolitischen Perspektiven für Europa aufzeigende Entschlüsseungen des Monnet-Komitees nicht ignorieren können.

Mit dieser Aktion hat das Monnet-Komitee erneut bewiesen, daß es ein relevanter Faktor bei der Gestaltung der europäischen Zukunft ist. Dies zeigt sich schon allein in dem Gewicht der dem Monnet-Komitee angehörender Parteien und Gewerkschaften. Alle nicht kommunistischen und nicht gaullistischen demokratischen Parteien und Gewerkschaften der EWG-Länder sind dem Aktionskomitee angeschlossen. Bei den letzten Wahlen vereinigten diese Parteien die Stimmen von etwa 60 Millionen Wählern auf sich, das sind zwei Drittel der Wahlberechtigten des Europas der Sechsk. Die dem Aktionskomitee angehörenden freien und christlichen Gewerkschaften haben mehr als 12 Millionen Mitglieder, das sind 70 Prozent der gewerk-

schaftlich organisierten Arbeitnehmer der EWG-Länder. Das Aktionskomitee wurde im Herbst 1955 unter Beteiligung von Erich Ollenhauer und Herbert Wehner gegründet, um die Bestrebungen der Regierungen und Parlamente der EWG-Länder zur Verwirklichung eines vereinigten Europas zu unterstützen.

Der Zustimmung des Bundestagsplenums war eine ausführliche Beratung der Entschlüsse im Auswärtigen Ausschuss und im Wirtschaftsausschuss des Bundestages vorausgegangen. Beide Ausschüsse stimmten der Vorlage einstimmig zu; der Wirtschaftsausschuss wies aber darauf hin, daß bei der Organisation der in der zweiten EntschlieÙung geforderten europäischen Handelsgesellschaft Nachteile für die deutsche Volkswirtschaft vermieden werden müÙten. Im Hintergrund steht hierbei die Frage, wie die Mitbestimmung der deutschen Arbeitnehmer im Rahmen des geplanten Statuts für eine europäische Aktiengesellschaft gewahrt und ausgebaut werden könne.

Der politische Inhalt der vier Entschlüsse ist heute noch genauso aktuell wie bei ihrer Annahme durch das Monnet-Komitee im Juni 1967. Damals stand die Welt noch unter dem Eindruck des Krieges im Nahen Osten, was auch in der Gemeinsamen Erklärung des Komitees zum Ausdruck kam. Die erste EntschlieÙung fördert die Aufnahme und den raschen Abschluß von Beitrittsverhandlungen zwischen EWG und Großbritannien sowie den übrigen demokratischen Ländern der EFTA. Ein europäisches Programm zur technologischen Entwicklung, die Schaffung einer europäischen Handelsgesellschaft und eines europäischen Kapitalmarkts wird in der zweiten Resolution angestrebt. Die dritte EntschlieÙung nimmt den schon früher gemachten Vorschlag eines Verbindungsausschusses zwischen der EWG und den USA zur "Herstellung von Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung" wieder auf. Angesichts der gegenwärtigen Liberalisierungstendenzen in Osteuropa kommt der EntschlieÙung über die Zusammenarbeit der EWG und Osteuropa besondere Aktualität und Bedeutung zu. Das Monnet-Komitee regte einen Kooperationsausschuss zwischen der EWG und Osteuropa an, der ständige Konsultationen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen von beiderseitigem Interesse durchführen soll.

So unterschiedlich die Chancen für diesen Vorschlag auch beurteilt werden mögen, er paÙt sich nahtlos in die Entspannung- und Friedenspolitik zur Annäherung zwischen West- und Osteuropa ein. Nicht ohne Grund wurde bei den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses darauf hingewiesen, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern die Attraktivität der EWG im osteuropäischen Raum erhöhen würde. Nun gilt es zunächst einmal, daß sich die EWG auf eine gemeinsame Osthandelspolitik einigt. Die Gemeinsame Erklärung des Monnet-Komitees hebt indessen hervor, daß die Ostpolitik neue Bedingungen schaffen solle, um auch die Lösung des deutschen Problems in Angriff nehmen zu können.

Partei-Meisjes lächeln für die SPD

Sozialdemokraten im Münsterland spüren Auftrieb

Entnommen "Vorn",

Sozialdemokratische Monatsschrift für Nordrhein-Westfalen

Im ländlich-katholischen Raum Westfalens haben Sozialdemokraten es nicht leicht, politische Arbeit zu leisten. Von den Einwohnern des Regierungsbezirks Münster sind 1 553 000 (65,7 Prozent) katholisch, 730 000 (30,9 Prozent) evangelisch. Der katholische Anteil im Lande Nordrhein-Westfalen beträgt 52,4 Prozent, der evangelische 41,8 Prozent. Aber nicht nur die konfessionelle Struktur des Münsterlandes erschwert eine erfolgreiche sozialdemokratische Arbeit.

Neubürger und SPD

Das gesellschaftliche Leben in einem münsterländischen Dorf hat seine eigenen Gesetze. Jeder kennt jeden. Die Vereine, die Verbände, die Nachbarschaften üben hier stärkere Bindungen aus als in den Städten. Wer Freunde gewinnen will, darf und kann sich dem Vereinsleben nicht entziehen. Politiker aber brauchen, wenn sie Gehör finden wollen, viele Freunde. Die meisten der Sozialdemokraten im ländlichen Raum, die sich schon in den ersten Nachkriegsjahren offen zu dieser Partei bekannten, waren Vertriebene. Sie bemühten sich auch in den Vereinen um Anerkennung. Nur langsam schmolz die Eisschicht der Zurückhaltung, mit der sie aufgenommen wurden.

Nach und nach sind auch in den kleineren Orten des Münsterlandes Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegründet worden. Ihre Mitglieder haben fruchtbare politische Arbeit geleistet. Sie verstanden es, deutlich zu machen, daß eine lebendige Demokratie sich nur aufbauen kann aus der großen Zahl der kleinen und kleinsten demokratischen Einheiten, nämlich den Gemeinden. Sie machen demokratisches Denken und Handeln sichtbar.

So wurden Parteimitglieder aus der einheimischen Bevölkerung gewonnen, in den Gemeinden anerkannte Persönlichkeiten, die es leichter machten, alte Vorurteile gegen die SPD abzubauen.

Harte Proben

Dennoch werden die Grundregeln der Demokratie in den kleinen Gemeinden oft auf harte Proben gestellt. In weiten Teilen des Münsterlandes erscheint keine Lokalzeitung, die geneigt wäre, über die SPD und aus ihrem Leben mehr als das nur eben Notwendige zu berichten. Das beklagen vor allem auch die Kommunalpolitiker, die ihre konstruktiven Beiträge zur Lösung der gemeindlichen Aufgaben in den Spalten der Heimatblätter nur selten gewürdigt sehen.

Neue Wege der politischen Arbeit mußten in den ländlichen Gemeinden des Münsterlandes gefunden werden. Flugblätter, Handzettel, sozialdemokratische Zeitungen werden regelmäßig verteilt. Das Gespräch mit dem Bürger wird am politischen Stammtisch gesucht. Der Erfolg dieses Einsatzes sind mehr Stimmen von Wahl zu Wahl. Im Regierungsbezirk Münster konnte die SPD bei der Kommunalwahl im Jahre 1964 ihren Stimmenanteil von zuletzt 35,5 Prozent auf 41,2 Prozent verbessern.

Die Organisationsarbeit stützt sich im ländlichen Raum stärker auf den Unterbezirk und die Kreisvereine, als es in anderen Gebieten der

Fall ist. Die Kreisvereine erfüllen Koordinierungsaufgaben, leisten Schulungsarbeit für die Kommunalpolitiker, stellen in größeren Versammlungen aktuelle politische Fragen zur Diskussion. Auf der Ebene des Unterbezirks arbeiten Fachausschüsse für alle politischen Sachfragen. Die politischen Podiumsgespräche, die die Bundestagsabgeordneten des Münsterlandes in regelmäßigen Abständen in größeren Städten durchführen, finden nicht nur in den Reihen der Parteimitglieder, sondern auch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit starke Beachtung.

Freunde aus Holland

Die Frauengruppen der Partei haben ihre Arbeit in den letzten Jahren in erfreulicher Weise verstärken können. Internationale Frauenkundgebungen fanden in verschiedenen Städten des Münsterlandes statt, wiederholt auch in Münster selbst. Dabei erwies sich der gute Kontakt zu den sozialdemokratischen Frauengruppen im benachbarten Holland, die stets mit größeren Abordnungen vertreten waren, als eine interessante Bereicherung. Erhöht hat sich die Zahl der Jungsozialistengruppen, so daß die jüngere Generation stärkeren Anteil an der politischen Meinungsbildung in der Partei nehmen kann.

Das Verhältnis zu den Kirchen hat sich nach dem im Jahre 1959 beschlossenen Godesberger Programm gebessert. Heißt es in diesem Programm, daß die SPD zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft stets bereit ist, so galt es gerade auch im Gebiet des Münsterlandes, diesen Grundsatz durch die politische Alltagsarbeit mit Leben zu erfüllen. Wenn auch zögernd, so haben doch die Vertreter der katholischen Kirche das Angebot zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten angenommen. Das einst frostige politische Klima im Münsterland ist dadurch milder geworden. Das zeigt sich in jüngster Zeit auch in den schulpolitischen Diskussionen, die mit dem Ziel geführt werden, pädagogische Fortschritte bei der Erhaltung des konfessionellen Friedens zu erreichen.

Anerkannt werden von der ländlichen Bevölkerung des Münsterlandes aber auch die starken Anstrengungen der sozialdemokratischen Landesregierung, die Begabtenreserven in kleineren Randgemeinden zu mobilisieren und Schulsysteme zu schaffen, die allen Kindern gleiche Bildungschancen sichern.

Die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahl in den Wahlkreisen des Münsterlandes, in denen Stimmengewinne bis zu 6,9 Prozent erzielt werden konnten, sind ein sicherer Beweis dafür, daß auch die katholische Bevölkerung eher als in der Vergangenheit geneigt ist, der SPD ihr Vertrauen zu schenken.

Partner im Revier

Diese Tatbestände spornen die Sozialdemokraten in den ländlichen Gebieten des Münsterlandes zu neuer Aktivität an. Sie werden dabei unterstützt durch Partnerschaften mit größeren Ortsvereinen des Ruhrgebietes.

Da das gesamte Gebiet des Unterbezirktes Münster, das sind insgesamt zehn Wahlkreise, mit keinem Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen vertreten ist, sollten sich auch Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion bereitfinden, die Betreuung von Wahlkreisen des Münsterlandes zu übernehmen. Ein verstärkter Einsatz der Abgeordneten würde eine wesentliche politische Hilfe bedeuten, die hohe Zinsen bringen könnte. Bedarf es sicherlich auch noch harter und schwerer Arbeit, Wahlkreise des Münsterlandes in direkter Wahl für die SPD zu erobern, als unmöglich braucht es auf längere Sicht nicht angesehen zu werden. Der große persönliche und selbstlose Einsatz der SPD-Politiker in den ländlichen Bereichen beginnt hier seine Früchte zu tragen. - Und um diesen Einsatzwillen beneidet die CDU die Sozialdemokraten.

Neue Kraftprobe in Frankreich

Verlorene absolute Mehrheit

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Aprilsession der französischen Nationalversammlung stellt die Regierung Pompidou vor ernste Probleme. Seit Jahresbeginn hat die gaullistisch-konservative Koalition ihre knappe absolute Mehrheit verloren (244 von insgesamt 467 Abgeordneten).

Nach den letzten Wahlen gab es im Parlament 200 Gaullisten und 44 "Unabhängige Republikaner" (Parteigänger von Giscard d'Estaing). Nun hat ein "Giscardist" zum christlich-demokratischen Zentrum übergewechselt: der polynesischer Abgeordnete Sanford. Außerdem wurde ein gaullistisches Mandat in Bastia (Korsika) für ungültig erklärt; die Neuwahl wird Ende April den Gaullisten voraussichtlich eine Niederlage einbringen.

Als Folge davon werden die Gaullisten nur noch 199 und die "Giscardisten" nur noch 43 Mandate haben, die Regierungsmehrheit verriegt somit statt über 244 nur noch über 242 Sitze.

Andererseits steigt die Zentrumsfraktion "Fortschritt und Demokratie" von 41 auf 42 Mandate. Die Linksföderation jedoch verliert einen Sitz, nachdem der Abgeordnete Hersant ausgetreten ist und als parteilos figuriert. Die Linksföderation hat nunmehr 120 Abgeordnete und die Kommunisten 75. Hinzu kommen neun Parteilose.

Der Verlust der absoluten Mehrheit versetzt die Regierung Pompidou in eine schwierige Lage. Wenn bei entscheidenden Abstimmungen nur ein einziger Gaullist oder ein Rechtsunabhängiger zufällig "verhindert" ist, könnte die ganze Regierungsmehrheit in Frage gestellt sein. Auf jeden Fall wird sich das neue Kräfteverhältnis schon bei der Zusammensetzung der Parlamentsausschüsse auswirken, die gerade jetzt neu gewählt werden. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Dilemma

Eine weitere Kraftprobe wird es mit der Abstimmung über die von der Regierung gewünschte Einführung der Fernseh-Publicity geben. Das Projekt wird von der öffentlichen Meinung, insbesondere von Zeitungen aller Richtungen, abgelehnt. Man sieht in diesem Regierungsantrag die Absicht, die bis jetzt noch bestehende Pressefreiheit einzuschränken und die Zeitungen auf finanziellem Umweg zu erwürgen.

Da das Regime in dieser Frage mit einer Parlamentsmehrheit nicht rechnen kann, versucht es, die Sache auf administrativem Weg zu erledigen. Sollte es auf Antrag der Opposition dennoch zu einer grundsätzlichen Vorabstimmung kommen, könnte das der Regierung eine Schlappe eintragen.

Weitere Debatten und Abstimmungen wird es zu den Themen Sozialversicherung und Arbeitslosigkeit geben. In allen diesen Punkten fordert die Zentrumsfraktion - deren Stimmen den Ausschlag geben können - einen "Dialog", d.h. eine Lockerung des autoritären Regimes.

Premierminister Pompidou befindet sich in einer Zwangslage. Einerseits ist es ihm bei dem neuen Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung nicht möglich, den Antrag des Zentrums einfach zurückzuweisen, er weiß sehr genau, daß es jetzt auf jede Stimme ankommt und hat gerade deshalb erst kürzlich an die Zentrumsabgeordneten appelliert. Diese antworteten darauf recht deutlich, daß sie nur dann bereit seien, die Regierung Pompidou gelegentlich zu unterstützen, wenn diese auch tatsächlich demokratische Konzessionen mache.

Andererseits muß de Gaulles Premierminister befürchten, daß er mit Zugeständnissen einen gefährlichen Präzedenzfall schafft. Offensichtlich hofft er, die Opposition werde dazu einen Mißtrauensantrag einbringen, der voraussichtlich keine großen Chancen hat, weil die Zentrumsabgeordneten im entscheidenden Augenblick vor den letzten Konsequenzen zurückscheuen.

Neuer "Staatsstreich" ?

So weit die Spekulationen im Regierungslager. Sie könnten sich als Fehlrechnung erweisen. Die Uhrzeiger sind auch in Frankreich vorgerückt. Bezeichnend hierfür ist folgender Vorfall: Selbst wenn die Linksparteien in Neuwahlen siegen, werde er dem keine Rechnung tragen und jedenfalls keinen Linkspolitiker zum Regierungschef bestellen, das soll General de Gaulle dieser Tage gesprächsweise geäußert haben. Die Meldung wurde im Elysée weder bestätigt noch dementiert.

Ein derartiges Verhalten liefe auf einen neuen "Staatsstreich" hinaus, kommentierte daraufhin Gaston Defferre im Namen der Linksoption. Er betonte zugleich, daß die Sozialdemokratische Föderation jetzt bereits Neuwahlen wünsche und zur Regierungsübernahme bereit sei. Die Vertrauensfragen und Mißtrauensanträge der nächsten Wochen sind also keine rein platonische Angelegenheit, sondern Vorgefachte zu wichtigen Ereignissen. Ein parlamentarischer Sturz der Regierung Pompidou ist durchaus im Bereich der Möglichkeit. Die eigentliche Kraftprobe würde aber erst nachher stattfinden, zwischen Elysée und Wählervolk.

Perspektiven

Falls die Regierung Pompidou durch einen parlamentarischen Mißtrauensantrag gestürzt wird, ergeben sich für General de Gaulle zwei legale Möglichkeiten: 1. Der Staatspräsident schreibt Neuwahlen aus. Im Falle eines Linkserfolges akzeptiert er vorübergehend eine Linkregierung, die laut Verfassung mindestens ein Jahr an der Macht bliebe. Dann erst könnte die Nationalversammlung wieder aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. 2. Der Staatspräsident verzichtet auf Ausschreibung von Neuwahlen und ernennt den Vertreter der im Parlament erfolgreichen Linksoption - beispielsweise François Mitterrand - zum Premierminister mit dem Auftrag, eine Regierung zu bilden.

In gaullistischen Kreisen hofft man dabei auf die "Regierungsunfähigkeit" der Linksoption, so daß General de Gaulle "gezwungen" wäre, in absehbarer Zeit einen "genehmeren" Regierungschef zu bestellen. Jedenfalls steht in Frankreich ein Regierungswechsel für die nächste Zeit auf der Tagesordnung. Vielleicht sogar ein Regiewechsel.